



Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr |
Postfach 71 28 | 24171 Kiel

Minister

An den
Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Bernd Schröder, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Kiel, 8. Februar 2012

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

ich hatte am 13. Dezember 2011 an Bundesminister Dr. Ramsauer geschrieben, und mich dafür eingesetzt, dass die Prüfverfahren der Europäischen Kommission zum Flughafen Lübeck-Blankensee zu einem Ende geführt werden. Das anliegende Antwortschreiben von Bundesminister Dr. Ramsauer vom 13. Januar 2012 übersende ich mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Jost de Jager

Anlage



Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 10000 Berlin

Herrn Minister Jost de Jager
Ministerium für Wissenschaft,
Wirtschaft und Verkehr
Düsternbrooker Weg 94
24105 Kiel

*Van
F 20/1*

M	Eingang VII M					Rü
St	Nr. 32551					Stn
StW	19. Jan. 2012					AE
LMB	Termin:					Vot.
1	2	3	4	5	6	Beant.

KSTA 1624/01

Dr. Peter Ramsauer, MdB
Bundesminister

HAUSANSCHRIFT
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

POSTANSCHRIFT
11030 Berlin

TEL +49 (0)30 18-300-4816
FAX +49 (0)30 18-300-1920

poststelle@bmvbs.bund.de
www.bmvbs.de

Betreff: Beihilfeprüfverfahren zum Flughafen Lübeck-Blankensee

Bezug: Ihr Schreiben vom 13.12.2011

Aktenzeichen: LR 11/6114.5/8-06

Datum: Berlin, 13. JAN. 2012

Seite 1 von 2

Sehr geehrter Herr Kollege,

Welter Herr de Jager,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 13.12.2011, in dem Sie das seit Jahren laufende Prüfverfahren wegen rechtswidriger Beihilfe im Zusammenhang mit dem Flughafen Lübeck-Blankensee ansprechen. Wie Sie verfolgen ich mit Sorge, welche Entwicklung das europäische Beihilferecht in Bezug auf die Flugplätze in der letzten Zeit nimmt.

Durch den Wechsel der Zuständigkeiten für Verkehrsbeihilfen innerhalb der Europäischen Kommission im Februar 2010 von der GD Verkehr auf die GD Wettbewerb ist es zu erheblichen Verzögerungen bei der Bearbeitung der Verfahren gekommen. In den Jahren 2010 und 2011 wurden - zumindest nach außen hin kenntlich - keinerlei Fortschritte erzielt. Wiederholte Anfragen meines Hauses zum Stand der Verfahren und die Bitten, die Verfahren zügig voran zu treiben, wurden von den zuständigen Mitarbeitern bei der GD Wettbewerb überwiegend hinhaltend beantwortet.

Inzwischen zeichnet sich ab, dass die Europäische Kommission für etliche ähnlich gelagerte Fälle, in denen nach ihrer vorläufigen Einschätzung rechtswidrige Betriebsbeihilfen bestehen könnten, nach Möglichkeiten sucht, zu einer positiveren Entscheidungsgrundlage zu kommen. Dazu will sie das Inkrafttreten neuer Leitlinien abwarten. Nach ihrer Aussage wird angestrebt, alle derzeit offenen Fälle bis Ende 2012 abzuschließen.





Seite 2 von 2

Sowohl ich persönlich als auch meine Mitarbeiter haben die EU-Kommission immer wieder auf die wirtschaftliche Notwendig- und Dringlichkeit einer Entscheidung hingewiesen. Wir werden dies weiterhin tun und der EU-Kommission den von Ihnen übermittelten Beschluss des Schleswig-Holsteinischen Landtags vom 18.11.2011 zur Kenntnis bringen.

Mit freundlichen Grüßen

herzlichst Ihr

Udo Linnemann